

Abonnement: für Berlin vierteljährlich 6 M 75 P., für das deutsche Reich und ganz Oesterreich 9 M incl. der Postbeförderungsgebühren. Bestellungen nehmen an die Expedition, W. (B.) Mohrenstraße 59, und sämtliche Postanstalten.

# National-Zeitung.

Inserate. — Die Beilagen: Morgen-Ausgabe 4-gespalten 40 P. Colonne resp. deren Theile 300 M u. f. w. Abend-Ausgabe 3-gespalten 60 P. — Reklame 3-gespalten 1 M 50 P. — Colonne 450 M u. f. w.

## Deutscher Reichstag.

20. Sitzung vom 13. Januar.

12 Uhr. Am Bundesrathliche: Brunsdorf v. Schellendorf u. A. Die gestern abgegebene zweite Beratung der §§ 1 und 2 der Militär-Vorlage wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Graf von Moltke: Nur eine kurze Bemerkung. Es scheint, daß die meisten Worte, welche ich in der Sitzung vom 11. Januar gesprochen habe, eine verschiedene Auffassung gefunden haben. Ich habe meine Befriedigung darüber ausgesprochen, daß keine von den größeren Parteien hier im Hause der Regierung verweigern will, was sie zur Verteidigung des Landes als nötig verlangt, und daß sonach nur noch die Zeitfrage in Betracht komme. Diese Meinung gründet sich auf die Erklärung des Führers der zahlreichsten Partei im Hause, welcher erklärte, daß diese Partei bereit sei, den letzten Mann und Groschen zu bewilligen; dann aber habe ich, nach Ausweis des stenographischen Berichts, folgende hinzugefügt, daß die Bewilligung auf kurze Zeit, auf 1, auf 3 Jahre und nichts mehr (Hört! hört! rechts), daß neue Formationen erst im langen Laufe der Jahre wirksam werden, daß die Stabilität und Dauer die Grundlage aller militärischen Organisationen bilde. Es kann also nicht zweifelhaft sein, daß ich der Ansicht bin, daß mindestens eine 7-jährige Dauer notwendig ist. (Bravo! rechts.)

Abg. v. d. Decken (Welfe): Wir sind keineswegs grundsätzlich gegen eine Feststellung der Friedenspräsenzstärke auf längere Zeit, halten aber den jetzigen Moment dazu nicht für geeignet und werden deshalb für den Antrag Bayers stimmen. Die Nothlage der Regierung erkennen wir an, aber auch die Reichsstaatsabgeordneten sind in der Nothlage und müssen sich ihrer Verantwortung freistellen. Wir hoffen, daß die Regierung uns nach einem Jahr wenigstens Mittel zur Deckung der Ausgaben vorschlagen kann. Entgegen den sogenannten nationalen Parteien befragen wir gerade den Militarismus als eine Institution, welche auf die Dauer unser deutsches Volk nicht tragen kann. Frankreich ist in finanzieller Hinsicht ein viel glücklicheres Land als wir. Die äußere Lage ist jetzt allerdings eine drohende und ich mache der Regierung keinen Vorwurf daraus, wenn sie uns weiterhin in die Lage nicht giebt; jeder Abgeordnete hat die Pflicht, sich selbst ein Urtheil darüber zu bilden. Wenn der Herr Reichskanzler vorgestern eine Bemerkung, die ich vor zwei Jahren über die Wiederherstellung Hannovers auf gleichem Wege gemacht habe, ironisch ins Gedächtnis zu rufen versucht hat, so ist das eine völlig falsche Supposition, die nicht staatsmännisch ist, gegenüber einer Partei von Mitbürgern in einem Augenblicke, wo die äußere Lage so ernst ist. Wie darf man da unsere Vaterlandsliebe in so zweifelhaftes Licht stellen? Von einer Wiederherstellung der Verhältnisse vor 1866 kann jetzt gewiß keine Rede sein. Aber man darf nicht vergessen, daß Oesterreich, vom großen Körper Deutschlands getrennt, nicht stark bleiben kann, daß das Deutschthum dort dahinsinken muß und daß dadurch der Werth unseres Bündnisses mit Oesterreich immer mehr in Frage gestellt wird. Eine wahre Bürgschaft für den Frieden Europas wird erst vorhanden sein, wenn die mittel-europäische Konföderation hergestellt sein wird. Man jagt immer, Deutschland wolle keine Eroberungen. Aber die Wiederherstellung des deutschen Reiches ist auf Grund von Eroberungen erfolgt, und darum wird ihm das Vertrauen Europas vollständig erst dann zu Theil werden, wenn mit dem Grundlag der Annexionen definitiv gebrochen wurde, auch im Frieden; und als ersten Schritt hierfür betrachten wir die Wiederherstellung Hannovers.

Abg. Richter (Hr.): Der Reichskanzler hat gestern die Verhältnisse so dargestellt, als ob gewisse Parteien, weil sie in einer Frage zusammen stimmten, ihre grundsätzlichen Verschiedenheiten überhaupt hätten fallen lassen. Eine ähnliche Behauptung wurde bereits bei der ersten Konstitutionierung des Reichstags aufgestellt, wo der Abg. v. Vinde den Nationalliberalen vortrug, daß sie mit der Fortschrittspartei, den Liberalen und den Sozialdemokraten zusammen eine Majorität für gewisse Anordnungen gebildet hätten. Damals war es der nationalliberale Abg. Westphal, welcher auf die Zusammenstellung des Abg. v. Vinde folgendes erwiderte: „Da die, auf welche wir in der Aufrechterhaltung unserer konstitutionellen Grundzüge zählen, zu können glauben, und im Stich gelassen haben, so haben wir uns allerdings freuen müssen, mit Hilfe solcher Mitglieder, die sonst nicht mit uns auf demselben Standpunkte stehen, eine wenn auch geringe Majorität zu finden für die Grundzüge, auf welche wir im Namen der Zukunft unseres Landes niemals verzichten können.“ So sprach damals der nationalliberale Abgeordnete Westphal. Würde er heute wieder aufstehen, so würde er freilich von der Partei, der er damals angehörte, nichts mehr übrig finden, als den Namen. Der Reichskanzler spricht von einer heterogenen Majorität. Ich habe sonst nicht gefunden, daß der Reichskanzler, wenn er überhaupt eine Majorität hatte, an der Heterogenität derselben irgend welchen Rufus genommen hätte. Ich habe gefunden, daß er manchmal die Hilfe der Polen und die der Elässer genossen, er hat nicht minder die Hilfe des Centrums für seine Gelegenheitswerke gebraucht. Er machte den Sozialdemokraten ein recht freundliches Gesicht, als er meinte, für die Dampfer-Vorlage etwas mehr von ihnen erlangen zu können, als von uns, und ich sage, wenn er unsere Unterstützung fand, dann hat ihn der heterogene Charakter nicht zurückgeschreckt. Er nimmt eben die Hilfe, wie er sie findet, und wenn wir etwas von ihm geleert haben im Laufe der Zeit, so ist es das, daß man, um eine Mehrheit zu bilden, auch zusammensehen muß mit solchen, mit denen man in anderen Fragen weit verschiedene Grundzüge hat.

Der Reichskanzler sprach ferner davon, wenn er den Abgeordneten Windthorst nenne, so sei der Abgeordnete Richter auch dabei gemeint. Ich wünschte, es wäre immer so gewesen, daß die Centrunspartei dieselbe Richtung vertrat hätte, wie meine Partei, aber ich muß leider sagen, daß es umgekehrt war. Wo der Fürst Bismarck glaubte, in seinem Sinne große Erfolge erzielt zu haben, da war die Centrunspartei fast auf seiner, nicht auf unserer Seite. Wenn der Reichskanzler sich rühmt, die Schulpolitik sei zum Durchbruch gekommen, er habe eine neue Sozialpolitik eingeführt, wenn er sich rühmt, die Gewerbefreiheit eingeschränkt zu haben, so ist bei diesem Ruhm der Abgeordnete Windthorst immer dabei gewesen, während er bei uns scharfe Opposition gefunden hat, da wo es sich nach unserer Meinung um Rückschritte in der Gesetzgebung handelte. Wir mußten uns schon freuen, wenn wir der Unterstützung der Centrunspartei sicher sind, wenn es sich darum handelt, ein geringes Minimum an Rechten zu wahren, wenn es sich darum handelt, wenigstens die äußerste Belastung Deutschlands fern zu halten.

Der Reichskanzler hat dann von der bulgarischen Frage gesprochen und ist auf die Lage der Politik im September zurückgekommen. Der Reichskanzler hat in der bulgarischen Sache von Beschränkungen gesprochen, in denen sich die Opposition überboten hätte gegen die Regierung. Davon habe ich nichts bemerkt. Im Gegentheil, die Regierungspresse hat geschwiegen. Was die Vergebung zum Krieg mit Ausland betrifft, so war es empörend zu sehen, wie die offizielle Berliner Presse sich beinahe wie der Kaiserliche Ratsof gebendete und den Ueberfall eines deutschen Fürsten als eine Wendung zum Besseren umhüllte. Das hat empört weit über Deutschlands Grenzen hinaus. (Sturmische Beifall links und in Centrum.) Windthorst und Richter wurden in den offiziellen Blättern wie in Bilderbüchern für Kinder als die beiden bösen Hünen dargestellt und als die beiden bösen Hünen dargestellt. (Sturmische Beifall links und in Centrum.) Dies Gebahren erregte den Unwillen selbst regierungsfreundlicher Blätter. So schrieb die „Samburger „Wochenblätter“ von ungeschickten Behauptungen der offiziellen Presse in Bezug auf Richter und Windthorst und stellte

die genannten als Führer von mindestens 1/10 der öffentlichen Meinung in Deutschland hin. (Hört! hört!) Damals schrieb selbst die „National-Liberal-Korrespondenz“, daß Organ der Nationalliberalen: „Die Haltung der offiziellen Presse hat in weiten Kreisen, auch in sonst keineswegs oppositionell gesinnten Kreisen, Befremden hervorgerufen“ und selbst die so regierungsfreundliche „National-Zeitung“ schrieb: „Wir können nicht verschweigen, daß die öffentliche Meinung durch die Art, wie gewisse Stände alsbald über den Fürsten Alexander zur Tagesordnung übergingen, tief verletzt wurde.“ Und selbst in konservativen Blättern war ähnliches zu lesen. So stand in der auf Kosten der sächsischen Staatskasse erscheinenden „Leipziger Zeitung“: „Der Apokalypse, mit dem die vom Fürsten Bismarck inspirierte Presse den Staatsstreich in Sofia bearbeitet, hat zur Erhöhung ihres Ansehens nicht beigetragen. Die Herren Richter und Genossen wissen, daß das öffentliche Gewissen der Nation hier auf ihrer Seite ist.“ (Hört! hört! links.) Damals schrieb das ministerielle konservative „Dresdener Journal“: „Nach konservativen Blättern sehen in dem Verhalten der deutschen Offiziere das konstitutionell-monarchische Prinzip schwer gefährdet.“ Das Organ der Herren Konservativen in Sachsen, die „Dresdener Nachrichten“, schreiben: „Wir möchten doch die Diplomatie bitten, die hitzigen Faktoren des Volkslebens künftig nicht so sehr zu unterstützen.“ (Hört! hört!) Das war damals der Standpunkt der öffentlichen Meinung.

Nun meint der Reichskanzler, die oppositionelle Presse hätte keinen Grund gehabt, sich um die Vorgänge in Bulgarien zu kümmern. Das hätte doch aber gewiß noch mehr für die offizielle Presse gelten müssen. Der Herr Reichskanzler sagt: „Was geht es uns an, wer in Bulgarien herrscht?“ Ja, was ging es dann aber die offizielle Presse an? Was konnte dann den Reichskanzler veranlassen, der bulgarischen Justiz gegenüber den Hochverräthern in die Arme zu fallen? Dagegen haben wir uns gewendet, daß der Reichskanzler sich in die inneren Angelegenheiten Bulgariens einmischte. Als der Auslieferungsvertrag mit Rußland zur Sprache kam, sagte der Reichskanzler: „Was für Grund hätten wir, die Königinmörder, die Anarchisten, zu schenken?“ Aber auch in Bulgarien handelte es sich um Anarchisten, um Verschwörung gegen einen Fürsten; und das ist dasselbe Verbrechen, wo es auch geschieht.

Als der Reichskanzler nach 1866 seine Politik dahin richtete, mit Oesterreich eine Verschönerung herbeizuführen, haben wir das mit vollem Beifall begrüßt. Wenn er jetzt unsere Heeresmacht vergrößern will und auf drohende Kriege hinweist, so können wir darin ihm nicht so ganz folgen. Wir scheinen seine Reden darauf berechnet zu sein, ein wenig Furcht zu erregen. Wir haben die politische Lage nicht als eine günstige angesehen. Nach den Ausführungen des Reichskanzlers aber müssen wir die Lage für viel friedlicher erachten, als vorher; und das läßt sich noch weit mehr daraus schließen, daß der Reichskanzler die Verantwortung auf sich nehmen will, den Reichstag anzuführen und dadurch das Zustandekommen des Gesetzes herauszufinden, und das allein wegen der Frage, ob der Reichstag nach drei Jahren wieder befragt werden will. Der Reichskanzler behauptet eben den Reichstag sei kein anderer Staatsmann ein Parlament; er ist systematisch den deutschen Reichstag vor dem Auslande hinunter, und hier werden seine Beschuldigungen nicht einmal durch einen Ton des Unwillens unterbrochen, so gewohnt sind wir es. Aber ich will doch wenigstens vor dem Lande dagegen protestieren. (Beifall links und in Centrum.) Der Reichskanzler hält uns andere Parlamente als Beispiel vor, aber was geschieht z. B. in Oesterreich? Da kommt man dem Parlament nicht etwa mit solchen Vorlagen, wie uns, sondern was man dort von den Delegationen verlangt hat, das waren eine Anzahl Millionen für das neue Regimentsweh. Und hat man das etwa ohne Weiteres bewilligt? Nein! Sondern das wurde ausführlich beraten, und die Regierung mußte vor die Kommission kommen, in die „Materienkommission der Regierungskommission“, wie es der Reichskanzler nennt, und mußte dort Aufklärungen über die politische Lage geben, was wir nicht einmal verlangt haben, als wir hörten, daß es nicht gut anging. Nicht einmal nach dem Sohn des Reichskanzlers haben wir verlangt, der doch wenigstens den Namen eines „Staatssekretärs“ im auswärtigen Amt“ führt. (Heiterkeit.) Wir haben vielmehr das Nothwendige bewilligt, so daß selbst ein militärisch so gut unterrichteter, konservativer Mann wie die „Kreuz-Zeitung“ es ausgesprochen hat, daß nunmehr jede Besorgnis geschwunden sei, als ob die Wehrfähigkeit Deutschlands in Frage kommen könne. Und wenn der Regierung und der Militärverwaltung der Dank dafür ausgesprochen wird, daß sie dafür gesorgt habe, daß wir nicht militärisch von anderen Staaten überholt werden, so, meine ich, gebührt der Dank nicht weniger dem Reichstag, der patriotisch den Wünschen der Militärverwaltung folgt nachgekommen ist, und zwar im Stillen, ohne die Worte zu machen, so daß das Ausland kaum etwas davon erfährt. (Beifall links und in Centrum.) Der deutsche Reichstag ist ebenso patriotisch, wie kein anderes Parlament. (Lachen rechts.) Sparen Sie dieses Lob doch für Ihre Ehre! Keine Reden werden gehalten, selbst wird das Nothige bewilligt. „Worte sind keine Waffen, sind kein Geld“, sagt der Reichskanzler. Aber haben wir nicht 1870 Alles bewilligt? Wenn der Reichskanzler meint, die Ausrüstung: „Einem solchen Ministerium keinen Pfennig, auch wenn der Feind auf dem Felde steht“, sei in einem anderen Parlament nicht möglich, so behaupte ich, eine solche Ausrüstung ist nicht gefallen, auch nicht in Preußen. Daß wir damals in Preußen dem Kriege mit Besorgnis entgegenstehen, gereicht uns nicht zur Unchre, denn es war doch auf alle Fälle ein Vorderrück, und es ist und bleibt bedauerlich, daß es zu diesem Vorderrück kam. (Beifall links und in Centrum.) Der preussische Landtag ist aber geschlossen worden 6 Monate vor dem Krieg, und unmittelbar vor dem Krieg, am 20. Juni 1866 — wir haben dafür das öffentliche Zeugnis des verstorbenen Runge — da schrieb die Fortschrittspartei angesichts des Krieges in einem Aufreife: „Man mag den Krieg wollen, oder nicht, er ist unvermeidlich; folgen wir nun darauf, daß er so geführt wird, daß die Herstellung Deutschlands daraus als Ziel hervorgeht.“ Ich führe das an, weil es provokant worden ist, und so oft eine Verächtlichung gegen uns in Bezug auf jene Zeit vorkommt, sicher stets eine Antwort da sein wird, die sie richtig stellt. Es wird uns vorgehalten, wie ganz anders geht es in Frankreich. Dort bewilligt die Vertretung ohne weiteres das Geforderte. Ist denn das wahr? Seit 6 Monaten beschäftigt sich in Frankreich eine Kommission mit dem Boulangerischen Gesetzentwurf, und jetzt erst kommt er zur Verhandlung im Plenum. Wohl aber ist zu bemerken, daß ausländische Minister von vorn herein ganz andere Rücksicht als bei uns auf die Stimmung des Parlaments nehmen. Dazu kommt, daß in Frankreich die Verweigerung der Truppen keine Mehrkosten erfordert soll. Der Kriegsminister meint, er könne nicht verstehen, wo dann das Geld dazu herkommen solle. Nun, einfach durch vermehrte Beurlaubungen. Die Armeeerstärkung soll nur im Sommer stattfinden, im Winter soll das Heer verringert werden. Hätte der Kriegsminister einen ähnlichen Weg einschlagen wollen, so hätten wir kein Wort gegen die Heeresvergrößerung eingebracht.

Der Reichskanzler wirft uns Begünstigung der polnischen Interessen vor. Wenn wir aber bei den Polen ausweichungen der Regierung entgegengetreten sind, so geschah es gerade in deutschem Interesse und weil wir Repressalien seitens Rußlands befürchteten. Und sind diese Befürchtungen nicht eingetreten? Was haben wir gewonnen mit den Ausweichungen? Wir wissen Leute aus, die gegen Deutsche sein wollen, Rußland schickt uns dafür Leute, die nicht Deutsche sein wollen und ausgewandert sind. Der Reichskanzler

beruft sich auf die ausländische Presse. Aber wir wissen, wie das gemacht wird. Diese Blätter sind inspirirt, die Artikel gehen von hier ins Ausland und kommen dann von dort zurück. Ganz anders urtheilt die unabhängige ausländische Presse. Wenn der Reichskanzler meint, die oppositionellen Parteien seien nur in der Negation gegen ihn einzig, sie könnten aber nichts Positives zu Stande bringen, so werden wir ihn vom Gegentheil überführen. Ich bin ursprünglich nicht dafür gewesen, daß wir die ganze geforderte Erhöhung auf drei Jahre bewilligen; aber wir werden im Interesse eines positiven Ergebnisses dafür stimmen. Wenn dann die Regierung alles, was sie gefordert hat, für eine Zeit von drei Jahren erhält, will ich sehen, wie dann der Reichskanzler sagen kann, daß wir unsere Wehrfähigkeit nicht erhalten können. Ich erinnere nochmals daran, daß auch der Abg. Graf Moltke anerkannt hat, daß wir das Nothwendige nicht verweigern wollen. Allerdings hat er heute ausgeführt, daß er eine Bewilligung auf sieben Jahre für nothwendig erachte. Aber das hat er auch neulich bereits hinzugefügt und es hätte daher seiner heutigen Rede gar nicht bedurft. Graf Moltke hat damals gesagt: „Es ist eine erfreuliche und auch ihre Wirkung nach außen dem gewiß nicht verfehlende Thatsache, daß unter den großen Parteien keine ist, welche, auch ungeachtet verschiedener Ansichten in inneren Angelegenheiten der Regierung die Mittel verweigern will, die sie zur Verteidigung des Landes fordert.“ Das war der Ausdruck selbstiger Ehrlichkeit aus innerster Ueberzeugung, ob vielleicht auch eine glückliche Parteilichkeit nicht dazu gerathen hätte. Graf Moltke hat damit uns seinen Dank für die Bewilligungen ausgesprochen. Ich hätte eine ähnliche Dankrede aus dem Reichskanzler erwartet. Aber seine Rede machte den Eindruck, als wollte er so zum Reichstag sprechen, damit ihm dieselbe überhaupt nichts bewilligte. (Sehr wohl! links.) Uebrigens scheint es dem Reichskanzler unbekannt zu sein, daß selbst zu Lande bereits Formationen für ein Jahr bestehen, die von der jährlichen Bewilligung des Parlaments abhängen. Auch verlangt so der Kriegsminister selbst für seine Eisenbahn- und Reitertruppen nur einjährige Formationen (Hört! hört! links). Ferner alle Lehrtruppen, alle Kriegsakademien, der Generalstab selbst unterliegen nach dem Gesetz der jährlichen Bewilligung durch das Parlament. Hat jemand bisher gewagt, daß wir seinen kaiserlichen Generalstab haben, sondern einen von Gnade des Parlaments? (Große Heiterkeit.) Hat jemand unseren berühmten Strategen, Grafen von Moltke, jemals als Ober des Generalstabes der Abgeordneten Windthorst, Goltzberger, Richter und Genossen bezeichnet. (Sturmische Heiterkeit.) Der Herr Kriegsminister schaut mich verwundert an. Ja er selbst ist nach dieser Argumentation nicht einmal in seiner Existenz gefährdet. Im Militärgesetz heißt es: „Wie viel Offiziere im Kriegsministerium sein werden, unterliegt jährlicher parlamentarischer Bewilligung.“ Sie sehen also, nicht einmal kaiserliche Minister hat man mehr, Sie sind alle Minister der Herren Windthorst, Goltzberger, Richter und Genossen. (Sturmische Heiterkeit.) Das ist das Schreckensgespenst, das Sie uns hingezichnet haben; man muß ihm aber nur an der Hand der Statistiken ein Gesicht leuchten, und das Gespenst verschwindet. (Beifälliger Beifall.)

Der Reichskanzler sagt nun, wir haben für 7 Jahre ein Kompromiß eingegangen, und er glaubt, es liege in unserem Interesse, dieses Kompromiß fortzusetzen. Aber die 7 Jahre sind ja noch gar nicht abgelaufen, sondern Sie wollen schon jetzt ein neues Septennat vor Ablauf des alten. (Hört! hört! links.)

Ob wir ein Septennat wieder bewilligen wollen, wird erst wenn das gegenwärtige abgelaufen ist, Gegenstand der Beratung sein, für jetzt handelt es sich nur darum, ob wir bis zum Ablauf des Septennats ein Mehr bewilligen wollen. Diese Frage würde der Kriegsminister zum Mindesten stellen müssen, wenn es auf eine Verständigung abgesehen wäre; sie wird aber garnicht gestellt. (Sehr gut! links.) Dabei handelt es sich garnicht einmal um die frühere Präferenzfrage, sondern um eine so erheblich, wie zuvor noch nie, erhöhte. Bis zum ersten Septennat einschließlich legte man stets die Bevölkerungsgröße von 1867 zu Grunde, also 1874 noch eine um 7 Jahr zurückliegende, beim zweiten Septennat 1881 die von 1875, also um 5 Jahre zurückliegende, jetzt mit einem Male wird vor Ablauf des Septennats eine Erhöhung verlangt unmittelbar anschließend an die letzte Volkszählung. (Hört! hört!) Die Frage, ob 7 oder 3 Jahre, ist vom Reichskanzler im Laufe der Diskussion so hinaufgeschraubt worden, daß er sagte, es handle sich darum, ob wir wehlos sein sollen oder nicht, wir dürften auch nicht 10 Minuten wehlos sein. Noch wenige Wochen vorher war die Haltung ganz anders, Niemand glaubte daran, daß über die Frage, ob 7 oder 3 Jahre irgend eine ernste Differenz entstehen könne. Die Herren auf der rechten Seite glaubten es nicht einmal, ihre Presse sprach absolut das Gegentheil. Die „Konservative Korrespondenz“, das Organ der konservativen Partei, schrieb noch am 20. November: „Wir vermögen schlechterdings nicht einzusehen, welchen prinzipiellen oder praktischen Untergrund es bedeutet, ob die Regierung alle drei oder alle sieben Jahre mit dem Parlament über die Heeresverrichtungen zu beschließen genöthigt ist.“ (Hört! hört! links.) Der Streit um den 3 oder 7-jährigen Turnus ist eine reine Opportunitätsfrage, dann wird sich nach unserer innersten Ueberzeugung auch nicht ein Finger im Volke regen. (Hört! hört! links.) Irigendwo eibt Willkür in schnellerem Tempo gehen.“ (Hört! hört! links.) Und die „Kreuz-Zg.“ bestritt am 22. November den Werth des Septennats als Wahlparole wegen Mangels an grundsätzlicher Bedeutung, anders wäre es mit dem Votum, während es unmöglich ist, irgend Jemand für die Frage zu begeistern, ob die Heeresstärke auf 7 Jahre festgesetzt wird oder nur auf 3 Jahre.“ (Hört! hört! links.) Wenn das nicht genügt, so füge ich noch den „Reichsboten“ hinzu, das Organ der konservativen Gruppe des Herrn Eiche. Derselbe schrieb am 22. November — Alles vor 6—7 Wochen, bevor die Regierungsvorlage da war — „am besten wäre es, alle Jahre festzusetzen, dann wäre die Agitation eher ermüdet, und es würde nicht möglich sein, die Sache alle 7 Jahre zu einer großen aufzubauschen.“ (Hört! hört! links.) Große Heiterkeit.) Ganz unsere Meinung! Ehe die Regierungsvorlage da war, waren sie an unserer Meinung; nachdem sie aber die Parole des Reichskanzlers erhalten, entrümpfen sie sich über Dasein, was sie selbst vorher gelagt haben. (Beifälliger Beifall. Große Heiterkeit links.) Entwerder haben die Redaktionen der konservativen Blätter, der „Kreuzzeitung“ und des „Reichsboten“, die konservativen überhaupt gar nicht gekannt oder sie sind eben so unvorsichtig gewesen in der Darlegung der wirklichen Ansichten im Gegenlatz zu dem, was hier als Ansicht der Herren damals zur Erscheinung gekommen ist. (Heiterkeit.) Damals war es nur eine Stelle, welche die Konservativen warnte. Die Redaktion der „National-Zeitung“ schrieb damals: Wir bitten doch die konservativen Zeitungen, nicht so unvorsichtig zu sein. Sie wissen ja noch gar nicht, wo die Regierung hinaus will, und wenn es wegen der 3, 4 oder 7 Jahre zum Wahlkampf kommt, so werden ihnen die Herren von der freilichigen Presse das, was sie heute geschrieben haben, schon vorlesen. (Heiterkeit.) Dann hat der Reichskanzler gesagt, wenn man auf 3 und nicht auf 7 Jahre die Bewilligung ausspreche, so handle es sich um Kopf und Kragen, so wolle man das Vaterland wehlos machen. „Nicht zehn Minuten darf das Vaterland wehlos sein!“ In derselben Rede steht er sich aber mit seiner eigenen Theorie in vollstem Widerspruch. „Denn“, so führt er willkürlich aus, „wenn die 3 Jahre bewilligt werden, und die 7 Jahre nicht, dann wird ja erst das volle unbeschränkte Ermessen des Kaisers lebendig. Dann kann der Kaiser eigenmächtig den Präsenzstand, die Dienstpflicht, selbst noch eine höhere Präsenz festsetzen, als die jetzige Vorlage verlangt.“ Während also der Reichskanzler es auf der einen Seite so darstellt,



leichter möglich, als bei uns. Zwischen der nation  
und hier ist aber ein gewaltiger Unterschied. Ein  
lösung in konstitutionellen Staaten hat die Be-  
deutung eines Appells an das Volk, bei welchem eventuell, wenn die  
gegen die Regierung ausfallen, diese der künftigegebenen Be-  
zeugung nachgeben muß, bei uns aber heißt, wie der Reichs-

Ayuntamiento de Madrid

gang: jerginn, das, wenn die  
den: geget den Wunsch dieser Herren, die Wahlversta



hätten sie gegen ihre Macht weiter stehen, als sie es selber beabsichtigen. Ich will ja in dieser Beziehung auch, wie es bei den Mächten zugeht, es nicht wohl selten im parlamentarischen Leben so viel geschwätzt, wie gerade bei den Mächten.

Der Herr Abg. Windthorst hat uns gestern vorgeworfen, es seien in Hannover die Nationalisten für die Sozialdemokraten gestimmt. Es wird uns erzählt, in Mannheim hätten die Ultraliberalen für die Sozialdemokraten gestimmt. Also es liegt hier ja eine ganz besondere Gefahr vor, daß wenn wir diese ganze Militärfrage in die Reichsversammlung hineintragen, wir dann zu einer Lösung dieser Frage kommen, die wir selbst nicht wünschen können, und die auch für Sie viel zu weit geht. Ich glaube, daß für die Interessen der nationalen Entwicklung, der ruhigen Fortentwicklung unserer nationalen Verhältnisse, es ein schwerer Fehler ist, wenn man die Militärfrage zur Kampffrage und zur Machfrage zwischen Reichstag und Regierung macht. (Sehr gut.)

Sie glauben, daß unsere ganze Situation in Europa eine viel zu gefährdete, und, an. S., ich will Ihnen nur die entfernteste Perspektive andeuten: welche Gefahr könnte entstehen, wenn einmal eine besser unterrichtete Regierung, als der Reichstag ist, aber eine schwache Regierung in dieser Frage zum Unheil des Vaterlandes dem Reichstage nachgibt. Also wir wollen im Interesse der ruhigen nationalen Entwicklung unserer deutschen Verhältnisse diese Frage von dieser Stelle entfernen. Ich habe eigentlich die Einsicht, daß nach den ganzen letzten Ausführungen des Herrn Abg. Richter es staatsmännisch von ihm nicht richtig war, daß er in dieser Frage diese Stellung eingenommen hat. Wenn er all das vorand, was er wirklich ausgeführt hat, dann dürfte er meiner Meinung nach auf diesem Felde in dieser Frage den Kampf nicht aufnehmen, dann müßte er mit dem Reichstag, daß man in dieser Frage der Regierung folgte. (Sehr richtig! rechts und bei den Nationalisten.) Meine Herren, lassen Sie mich zum Schluß Sie bitten, im Interesse der Sicherung des europäischen Friedens, im Interesse der Sicherung unserer Grenzen, wenn es dann zum Kriege kommen sollte, und lassen Sie mich zuletzt und noch besonders sagen: lassen Sie mich zur Sicherung der ruhigen Weiterentwicklung unserer inneren Verhältnisse, der Regierungsvorlage ganz und voll zustimmen. (Lebhaftes Bravo! rechts und bei den Nationalisten.)

Reichsfänger Rüst Wismar: Der Abg. Richter hat, wie ich höre, in seiner heutigen Rede — ich habe sehr bedauert, daß ich verhindert gewesen bin, ihm zuzuhören — gesagt, es wäre nicht wahr, daß in der bulgarischen Frage die Presse der verschiedenen Oppositionsparteien die Regierung beschimpft hätte wegen ihrer auswärtigen Politik. Es sei eine Entstellung, daß diese Presse zum Kriege mit Rußland aufgefordert habe. Er hat ferner gesagt: „Der Reichsfänger ist der bulgarischen Falsch mit diplomatischen Kosen in die Arme gefallen, um zu verhindern, daß Hochverräter bestraft würden.“ Diese Äußerung nötigt mich, Ihre Zeit, die so kostbar und gemein ist (Große Heiterkeit), auf eine Weise in Anspruch zu nehmen, wie ich ursprünglich nicht beabsichtigt hatte. Aber ich erlaube mir, bereitwillig Ihnen diejenigen amtlichen Depeschen zu verlesen, die wir in Bezug auf das der Falsch Inzornfallen aus dem Reichstag gewechselt haben. Das erste ist eine Instruktion aus Berlin vom 1. September an den Konsul Herrn von Thielemann in Sofia: „Sagen Sie nach Möglichkeit zu verhindern, daß Hinrichtungen stattfinden. Die fiesliche Erledigung der Kasse würde dadurch wesentlich erschwert werden.“ Das ist alles, in der Hauptsache alles. Die Antwort darauf, unterzeichnet: Rüst v. Thielemann lautet: „Sofia, den 20. September. Ich habe die erforderlichen Schritte, um Hinrichtungen zu verhindern, nach und günstige Aufnahme gefunden. Jedenfalls wird bis zur Ankunft des Generals v. Kaulbars nichts Entscheidendes geschehen.“ Diese Mitteilung kreuzte sich mit einer diesseitigen Mitteilung vom 19. September: „Der russische Botschafter hat unter Mitteilung der Thatsache, daß die bulgarische Regierung die in die Verabredung vom 21. vorigen Monats verwirklichten Offiziere vor ein Kriegsgericht gestellt und deren Verurteilung und Exekution womöglich vor der Ankunft des Generals v. Kaulbars herbeiführen wollte, um Gegenverstellungen in Sofia zu geben.“ (v. v. Hochwohlgebornen wollen sich nach Einberufen mit dem österreichischen Kollegen mündlich im Sinne meiner früheren Weisung abmahnend ausdrücken.“ — Weiter meine Antwort: „Berlin, 25. September. Aus Ihrem Telegramm vom 22. hat der Reichsfänger mit Befriedigung gesehen, daß die Gefahr der Ausübung von Hinrichtungen — „Ausführung“ unterdrücken — beseitigt ist. Der Ares der Gm. Hochwohlgebornen erhalten Instruktion ist damit vollkommen erreicht, da dieselbe von Anfang an nur die Verhütung von Hinrichtungen im Auge hatte. Nach Ihrer mir vorliegenden Meldung darf ich annehmen, daß Ihre Reuevernahmen innerhalb dieses Rahmens gehalten waren. Um den Erfindungen anständiger und fortgeschrittener Blätter ferner entgegenzutreten zu können, bitte ich Gm. Hochwohlgebornen, mir ausdrücklich schriftlich zu bestätigen, daß Sie sich in Ihren Aussagen genau in der Grenze der Ihnen erteilten Weisungen gehalten haben und sich demgemäß darauf beschränkt haben, von Hinrichtungen abzurufen.“ Ich bin auf diese Weise genötigt gewesen, mich mit Aufrechten von diplomatischen Agenten zu verhalten und zu versichern gegen die unglaubliche alles was übersteigende Verleumdung dieser Sorte von Presse. (Unruhe links.) Die Antwort des Herrn von Thielemann lautet: „Auf den Erlaß vom 25. d. M. beziehe ich mich zu erwidern, daß ich mich genau im Rahmen meiner Instruktion gehalten habe und irgend welche weiteren Forderungen an die bulgarische Regierung nicht gestellt, sondern mich in anderen Fragen in Uebereinstimmung mit meinem österreichischen Kollegen gehalten habe. Die Einschiebung des Verfahrens ist uns lediglich als Mittel zum Zweck nützlich erschienen. Wenn jetzt Verurteilungen zum Tode stattgefunden hätten, so wäre bei der Erregung des Offizierskorps für weitere Folgen nicht zu bürgen gewesen. Zu Drohungen und zu scharfer Sprache habe ich auch, wenn ich Auftrag dazu gehabt hätte, nicht einmal Gelegenheit gehabt, denn Herr Kaulbars ging weiter auf meine Vorstellungen ein. Herr Stambuloff sagte mir drei Tage später spontan, daß eine Amnestie erlassen wäre. Mit andern Bulgaren habe ich über die Sache nicht gesprochen.“ (Gut.) v. Thielemann.“

Es ist also eine gängliche aus der Luft gegriffene Erfindung als Grundlage für die Entstellung und Verleumdung der deutschen Regierung benutzt worden, und der Abg. Richter hat diese heute aus seiner Zeitung, die er wahrscheinlich gelesen hat (große Heiterkeit) reproduziert. Was die Behauptung betrifft, daß die Oppositionspresse nicht zum Krieg gegen Rußland gehet hätte, liegen mir eine Reihe von Artikeln vor, die ich nicht umhin kann, als Beweisstücke hier in die Öffentlichkeit zu ziehen. Ich habe nicht die Zeit, sie hier alle zu verlesen, ich will nur ein paar heraus, was ich so oben auf las. So las ich vorgestern aus dem „Berliner Tageblatt“ vor, daß es einen gesunden Krieg einem so frankhaften Frieden vorzöge. Die „Freisinnige Zeitung“ vom 28. August schreibt über die Stellung Deutschlands gegen Rußland in der bulgarischen Frage: „Wenn man keinen Krieg führen will, oder kann, wie die Offizien sagen, so mögen sie doch mindestens schweigen und nicht unter Volk in der Art verwirren.“ Hier liegt unabweislich der Wunsch ausgesprochen, daß ein Krieg immerhin geführt werden mag. Dann die „Freisinnige Zeitung“ vom 28. August: „Es giebt eine Grenze, wo die Unterwerfung unter den Willen des Jaren aufhören muß, und dieser nähert sich uns um so mehr, je mehr die russische Herrschaft und der Panlawianismus durch Erfolge auf der Balkanhalbinsel gekräftigt werden. Dem muß endlich Halt geboten werden.“ Das heißt doch nichts anderes, als wir sollen Krieg führen. (Widerspruch links und rechts.) Was soll denn die vollständige Waise: „Jeden Großen und jeden Mann“ Rußland gegenüber, wenn wir jemals Rußland, dieses Reich von 100 Millionen, auf seiner Bahn aufhalten wollten. Die „Potsdam“ vom 7. September schreibt: „Die türkische Weltberührung wurde einst nur dadurch verhindert, daß es ein Europa gab, daß vor Allen deutsche Schwerter die Russen aus der gefestigten Welt herausgetrieben haben; daß man der russischen Weltberührung gegenüber anders verfährt, zeigen die Ereignisse der beiden letzten Wochen. Europa hat sich nicht gerührt. Wenn die Russen so weiter vorzudringen, dann giebt es für Europa nur eine Alternative, unbeschränkte Herrschaft Rußlands oder ein Zeitalter von Kriegen, im Vergleich zu denen die Türkenkriege früherer Jahrhunderte nur ein Klüppel sind.“ Am 30. August sagt die „Volkszeitung“: „Wir hätten es kaum anders erwartet, glaubten aber, daß die Gewalt

der Thatsachen stärker sein würde, als das Vertrauen und die „Unentschiedenheit der Zustände.“ — eine hübsche Unannehmlichkeit, die uns da gesagt wird. (Heiterkeit.) Weiter wird von einem ungeheuren Freck gesprochen und von der Entzweiung des gemeinsamen deutschen Volkes darüber. Das ist es, was mich an diesem erinnerte, es ist das, was ich neulich, „weinerliche Deklamationen“ nannte. Soll ich wirklich glauben, daß diese Artikelreiber ihrerseits irgend welche Begeisterung für Bulgarien hätten? Sie will gar nicht behaupten, daß sie finanziell in dieser Beziehung angeregt seien. (Heiterkeit.)

Wenn ich in diesem Artikel ausgesprochenen Ueberzeugungen allein den Leuten angehört, die bei diesen Zeitungen thätig sind, dann würde ich mich weiter gar nicht damit beschäftigen und sie wären gar nicht der Rede wert. Ich muß aber annehmen, daß wenn so viel ausgelegene liberale und liberale Zeitungen dasselbe gesagt haben, das die volle ernste Meinung derjenigen Leute ist, die in der Opposition gegen die Regierung stehen und mit diesen Blättern Zählung haben, welche die Majorität bilden und sie vielleicht auch in drei Jahren bilden werden.

Wieviel stehen wir dann einer Majorität gegenüber, die auf diese Melodie hin sagt: Setzt führt Krieg mit Rußland, oder wir streichen uns so und so viel aus der Arme. (Heiterkeit rechts.) Widerspruch links und im Centrum.) Die Majorität ist in diesen Artikeln vertreten, es sind die Blätter aller verschiedenen Fraktionen, welche die Majorität bilden. Ich war darauf gefaßt, daß diese Majorität in der vorigen Session eine Interpellation in der bulgarischen Frage gegen die Regierung stellen würde. Nur die sozialdemokratische Partei wollte dies thun, aber die übrige Waise ließ sie im Stich. Soviel ich mich erinnere, war damals schon der Wuth so gestiegen, daß man sich zu einer Interpellation doch nicht mehr reißte, weil man jene Theorie, ich will nicht sagen als absurd, aber doch als unhaltbar erkannt hatte. Die Majorität war ja vorhanden, aber sie hatte ihre Lust sehr rasch gewechselt. Kein Mensch trat für Bulgarien auf, und jetzt haben Sie's vollends fallen lassen. Wenn Sie also die Stellung der Majorität, die doch über die heutige Abstimmung jedenfalls entscheidet, auf ein so schwaches Rohr stützen, so wird diese Majorität sicher keine Dauer haben. Wenn die Existenz der Arme nicht ausschließlich in denjenigen Zeiträumen diskutiert werden soll, mit denen Kaiser und Bundesrath einverstanden sind, dann schwebt sie vollständig in der Luft. Wenn, wie in England, der Bestand der Arme abhängt von der Entscheidung zweier oder dreier Majoritäten, dann ist keine Sicherheit mehr vorhanden, dann heißt es allein: „Videat consules“ oder „videat imperator, ne quid detrimenti res publica capiat.“ Das ist dann die suprema lex.

In einem weiteren Artikel der „Volkszeitung“ wird die Sache gar so dargestellt: Was hätten wir von all dem Blut und Schweiß, das dazu gehörte, das deutsche Reich zu ermöglichen, wenn wir nicht alle Kräfte für Bulgarien einbringen wollten. Und solche Herrn bilden die Majorität der Abstimmung! (Beifall rechts.) (Lachen links.) Kann ich denn mit Sicherheit annehmen, daß die „Volkszeitung“ ganz außer Zusammenhang mit irgend einem der hier Abstimmenden steht? Ich möchte es in der That wünschen. Die „Volkszeitung“ findet es sonderbar, daß man dem, den man erst vor 8 Jahren zum Frieden gezwungen hätte, jetzt gestattete, den Frieden auf den Kopf zu stellen. Es heißt dort: „Dann kann der also zusammengeackerte Friede auch nur auf den Rest des Papiers rechnen.“ Die Politiker dieser Richtung wollen also Krieg mit Rußland; darauf sind sie sehr bereitwillig einzugehen; und doch hat sich diese Bereitwilligkeit, diese Todesbereitschaft, diese todesmüthige Ueberzeugung, die sich in solchen Artikeln ausdrückt, in vier Monaten vollkommen geändert. Die „Germania“ vom 1. Dezember sagt in einem Artikel: „Wir glauben also, ein großes Moment ist wieder einmal für Deutschland gekommen, Rußland die Straße nach Konstantinopel zu verlegen.“ Wir sollen also deutsche Truppen herbeigehen, um den Russen den Weg nach Konstantinopel zu sperren. Jedermann muß das als eine Absurdität erkennen. Da wir gegen Rußland offene Grenzen haben, ist es für uns viel schlimmer, uns mit Rußland zu verfeinden, als wenn beispielsweise England dies thäte. England kann sich mit Rußland verfeinden, ohne zu besorgen, daß England selbst in Indien abspielen. Für uns ist es etwas Anderes, den Frieden zwischen zwei benachbarten Nationen zu stören, in deren Massen schon so manche Verwundungen künstlich geheilt und geführt werden. Das ist eine Rücksichtslosigkeit, der man gattischen Vorzügen leidet darf.

Am 2. Juni im Jahre 1867 die Möglichkeit eines französischen Krieges wegen der luxemburgischen Frage nahe trat, da war unter den Gründen, die mich bewegten, Frankreich nicht kriegerisch entgegenzutreten, namentlich auch ein neuer Krieg zwischen uns und Frankreich. Es wäre ja mit einem Feldzug nicht abgemacht gewesen, denn wer im ersten Kriege geschlagen worden wäre, hätte auf Revanche sinnen müssen. Wären wir geschlagen worden, so hätten wir einen zweiten Krieg voraussetzen müssen. Ich habe damals im Rathe des Königs gesagt: Es handelt sich nicht um einen eklamanten Krieg, sondern um eine ganze Reihe, vielleicht um ein halbes Jahrhundert der Kriegführung. Nun, ob und in wie weit ich in der Sache Recht gehabt habe, überlasse ich Ihrem Urtheil. In einem Kriege mit Rußland gebietet vor allem, daß wir von Rußland wuthwilligstherse angegriffen werden. Dann werden wir uns vertheidigen bis auf den letzten Blutstropfen, und wenn wir einer großen Koalition ausgenutzt werden sollten, dann würde eine Nation wie die deutsche, niemals zu Grunde gehen, und wenn auch, so ist es immer besser, mit Ehre unterzugehen, als mit Schande zu leben. (Lebhafter Beifall.) Das sind aber Sachen, auf die man wohl gerechnet hat, wenn man eine vorsichtige Politik in reumännlicher Weise anstreift, was aber nach Kräften zu verhindern die Aufgabe einer vaterlandsliebenden, eheliebenden Politik ist, und wegen Bulgarien, wegen Schuba, werden wir unser freundschaftliches Verhältnis mit Rußland nicht brechen und keinen Krieg zwischen Nachbarländern herbeiführen, die gar kein Interesse an einem solchen haben. Rußland wünscht kein deutsches Land zu erobern und wir kein russisches. Es können ja doch nur polnische Provinzen sein, von denen haben wir schon mehr als genug. (Heiterkeit rechts.) Es ist also nicht der mindere Grund, diese Politik zu ändern. Wenn man die Feindschaft mit Rußland künstlich zu schüren sucht, so kann ich mir das nicht anders erklären, als daß man hofft, durch einen Krieg eine Veränderung in der inneren Politik herbeizuführen, gerade so, wie solche Bestrebungen in Frankreich herrschen. Aber das ist doch nur ein theoretisches Rechnen. Ihren eigenen Landes gegenüber ist die Regierung sehr viel stärker, wenn es in einem inneren Kriege, gefährlichen Kriege sich befindet, dann ist es Nothwendigkeit, dann ist ihr Vieles erlaubt, was ihr im Frieden nicht möglich ist. Also auch diese Rechnung bewährt sich nicht. Ich kann mir nun sehr wohl denken, daß verschiedene Leute eine Veränderung der Zustände in Rußland wünschen, so besonders die Polen (Widerspruch bei den Polen); ich kann mir sehr wohl denken, daß den polnischen Bestrebungen mit einem Kriege gegen Rußland gedient wäre, aber die könnten doch nur dann günstige Resultate erhoffen, wenn der Gegner Rußlands der Stärkere wäre. Wenn Rußland siegt wegen der Schwäche seiner Gegner, weil uns die Mittel fehlen, welche wir heute verlangen, dann glaube ich, wird es den Polen viel schlimmer gehen in den preussischen und österreichischen Provinzen, wie heute. Wenn Gallien oder die Schweizgouvernements zu Rußland geschlagen würden, dann wäre das der Kampfreis, den die Polen im Kriege davontragen würden, in dem sie auf Schwächung Deutschlands hinarbeiten.

Die „Germania“ sagt ferner am 28. Oktober: „Es ist ein trauriger Gedanke, daß die Lage Europas derartig ist, daß man den Frieden nur fort und fort durch Trümpel in Rußland aufrecht erhalten kann.“ Wenn ein Blatt, wie die „Germania“ so bestraft ist, uns Feindschaft mit den Russen zu schaffen und den Frieden zwischen Rußland und dem deutschen Kaiserthum zu stören, da könnte doch die Frage sich aufdrängen: würde die „Germania“ eben so eifrig sein, wenn Rußland ein katholisches Land und dort ein katholisches Herrscherhaus wäre? Weiter sagt die „Germania“: „Alles hat sich mit einem Schlage vollständig geändert. Europa hat sich vor Rußland rückwärts konzentriert und zwar auf die bloße Drohung des Sozialismus.“ Europa beugt sich vor der vollendeten Thatsache vor der Uebermacht. Die bloße Drohung mit Krieg genügt, um ganz Europa dem Willen Rußlands dienstbar zu machen. Wollen wir da nicht lieber den Widerstand

gegen den Panlawianismus ganz aufgeben? Sind das Kriegshetzerien oder nicht? Daß man daraus schließen, daß die Männer, die hinter diesen Blättern stehen, den Wunsch gehabt haben, uns mit Rußland in Krieg zu führen, dann wäre das sehr eigenbüchlich. Ich habe schon darauf aufmerksam gemacht, daß dieselben Parteien, die so bereitwillig sind, uns in den Krieg zu führen, uns die Mittel versagen, den Krieg zu führen, oder sie doch nur auf kurze Zeit bewilligen wollen, woran sich immer die Reizung knüpft, die Krieße, die jedesmal mit diesen Verhandlungen verbunden ist, nicht zu lange aufzuschieben. Sieben Jahre des inneren Friedens und der inneren Ruhe kann eine eifrige Parteipolitik nicht vertragen. Sie braucht Gemüths-bewegungen und Kämpfe, bei denen der Rechtsboden der deutschen Verfassung erschüttert wird, öfter. Wir dagegen wünschen nur den Frieden nach Jahren wie nach Wochen und wünschen, daß nicht alle drei, sondern sieben Jahre die Frage, ob die deutsche Arme, d. h. das deutsche Reich und die Verfassung, denn ohne die Arme sind beide, wie selbst der Abg. Windthorst anerkannt hat, unentbehrlich, — fortbestehen soll oder nicht, erörtert werde. Mit Ihrer Kampfbegierde aber lassen wir Sie allein und sagen: Wenn Sie Handel brauchen, suchen Sie sie sich wo anders, bei uns sind sie nicht zu finden.

Es ist gesagt — ich weiß nicht, von welcher Seite — auf die hannoversche Frage zurückgekommen, und zwar in ähnlicher Weise wie gestern von Abgeordneten Windthorst. Der Vergleich, wie ihn der Abgeordnete Windthorst aufgestellt hat zwischen dem Bunde des ehemaligen Königs von Hannover mit dem französischen Kaiserthum und dem Bündnis zwischen Preußen und Italien im Jahre 1866 ist doch sehr zureichend. Die Herstellung des Königreichs Hannover durch die hannoversche Legion im Gefolge des französischen Krieges war unbedenklich, wenn gleichzeitig der Rhein für uns verloren ginge, oder was Napoleon sonst etwa uns abnehmen wollte. Aber das Bündnis zwischen Preußen und Italien hätte in keinem Falle Folgen nach der Seite hin haben können. Es wäre kein Verlust deutschen Landes ins Spiel gekommen, höchstens der Verlust des italienischen Landes, welches Österreich besaß. Soweit wir das Bündnis zwischen dem hannoverschen König und Frankreich kennen, sollte uns fast die ganze Rheinprovinz als Koblenz genommen werden, und in einem kriegreichen Kriege hätte uns Napoleon sicher ganz Rheinland weggenommen. Wenn der Abg. Windthorst nur nicht nachweisen kann, daß in dem preussisch-italienischen Bündnis eine ähnliche Klammer oder unabweisliche Bedrohung zum Nachtheil Deutschlands gestanden hat, muß er mir zugeben, daß sein Vergleich nicht zureichend und daß nur seine Entzweiung und schmerzliche Bewegung, die sich bei ihm in Erinnerung an das ehemalige Königreich geltend macht, ihn veranlaßt hat, die Sache in einem unrichtigen Licht zu sehen und darzustellen. Ich weiß nicht, ob die weitere Diskussion mir zu weiteren Äußerungen Anlaß bietet.

Abg. Dr. Windthorst: Der Abg. Buhl scheint ganz verlesen zu haben, daß wir uns ganz zu Anfang dieser Diskussion erhoben haben, der Regierung auf 7 Jahre ein Aufschubquantum zu bewilligen, unter der Bedingung, daß sie sich verpflichtet, so lange mit keinen Neuverordnungen zu kommen. Jedenfalls wollen und müssen wir, was man uns beibringen will, Einfluß auf die Militärverwaltung haben, schon damit wir wissen, wie die Deckung für die Ausgaben gefunden werde. Der Reichsfänger hat sich auf die Sparsamkeit des Landes bezogen, will er uns aber den materiellen Wohlstand des Landes beweisen, so müßte ich vor allem die Höhe der Hypothekenbelastung des Grund und Bodens im ganzen Lande kennen. (Sehr richtig! im Centrum.) Wie kommt es denn, daß mit einem Male der Reichsfänger und die Herren von der Rechten so reich sind? Sonst, wenn sie mit ihren Forderungen kommen, sind sie immer außerordentlich arm, da hört man Klagen über die Nothlage des Landes, wie nie zuvor. Wir werden uns das aber für künftig merken! (Beifall links und im Centrum.) Wir sind bereit auf drei Jahre alles zu bewilligen, und ich bin überzeugt, daß die Regierung am besten regeln würde, wenn auch der Militäretat jährlich bewilligt werden würde. Es würde da alles eben so glatt abgehen, wie es schon jetzt bei denjenigen Positionen der Fall ist, die alljährlich in den Etat kommen.

Um noch einmal auf die auswärtige Politik zu kommen, so habe ich bereits gesagt, daß ich es für ein Meisterstück der Politik des Reichstages halte, daß er es verstanden hat, die Dreikaiserwächter zusammen zu halten. Zu Bezug auf Bulgarien nun hat der Reichsfänger mehrere Zeitungsartikel aus dem September verlesen. Es war mir das sehr angenehm, denn ich war damals verlesen und habe die damaligen Zeitungen nicht gelesen. (Stürmische Heiterkeit.) Wenn er aber meint, daß alles, was in der Presse steht, von uns beeinflusst sei, so kommt dies daher, weil ihm eine Anzahl Blätter zur Verfügung stehen, die oft sehr gut seinen Ton zu treffen wissen. (Heiterkeit.) Es ist in der offiziellen Presse ein Mann, der den Ton des Reichstages auszeichnet nachzuahmen versteht, wir müssen darauf achten, denn eine Verwerfung kann zu allerlei Unzutrefflichkeiten führen, namentlich in Bezug auf auswärtige Politik. (Große Heiterkeit.) Aber uns stehen solche Blätter nicht zu Gebote, die Parteien können nicht auf die Blätter einwirken, denn wir haben keinen Replikensfonds. (Beifall und Heiterkeit links und im Centrum.)

Was nun Bulgarien selbst betrifft, so kann ich Ihnen sagen, daß ich persönlich mit seiner Politik im allgemeinen einverstanden bin. Aber es ist doch allerlei da vorgekommen, was man größeren Reaktionen gegenüber nicht vornehmen dürfte. Wenn behauptet wird — was ich aber leugne — daß wir am Schwarzen Meere nichts zu thun haben, so hat doch Österreich sehr vitale Interessen dort. Wie nun, wenn Österreich's Interessen dort ins Spiel kommen? Wir haben zwar gehört, daß in unseren Verträgen davon nichts steht, und das uns die Balkanhalbinsel nichts angeht. Wie soll es jedoch werden, wenn man z. B. Gallien von Österreich abtrennt? Ich muß sagen, die Behauptung, daß Rußlands Falsch man mit solchen Neuzeugungen nicht.

Nun noch zwei Worte. Was ich von den Sonderverträgen erwägt habe, ist vollkommen zureichend. Es handelt sich um die Frage, ob es richtig ist, daß bei einem Bundesvertragsverhältnis ein Mitglied des Bundes mit einem fremden Staate im Geheimen Pakt macht, die dazu dienen sollen, dieses Vertragsverhältnis mit Gewalt aufzugeben. So war das italienische Bündnis, und ähnlich war das Verhältnis von König Georg zu Napoleon. Der Reichsfänger ist dann eingegangen auf die Neutralitätsverpflichtungen von 1866. Ich kann hier nicht die ganze Geschichte erzählen; ich weiß nicht, daß der Reichsfänger sie nach seinem Gedächtnis richtig zu erzählen die Absicht hatte, aber richtig nach seiner Erzählung nicht. Ich will mich daher einfach darauf auf das Geschichtswort des Herrn Kapp. (Lachen rechts.) Es handelt sich hier um Thatsachen! König Georg hat sich einfach auf den Bundesvertrag gestellt und hat keinen anderen Vertrag gewollt, so lange der Bundesvertrag existierte. Er hatte nicht die Absicht, die Neutralität zu verletzen. Der beste Beweis dafür ist der Rußland, wie wenig Hannover auf den Krieg vorbereitet war, während der Reichsfänger sich aus dem Geschichtswort des preussischen Generals überzeugen kann. Ich möchte übrigens bitten, daß der Reichsfänger nicht immer von Neuem auf diese Dinge zurückkommt. Die Verhältnisse waren 1866 solche, daß wir nicht darüber ruhig diskutieren können. Die Parteien hier im Saale sind dabei in verschiedenen Weise engagiert. Wir sind jetzt im Reichstage, wollen gemeinsam wirken, gemeinsam die Reichseinheit aufrecht erhalten und auch den Reichsfänger unterstützen, soweit es möglich ist. (Beifall links und im Centrum.)

Sollte die Vorlage abgelehnt werden, so folgt dadurch nicht, daß auf Grund der Verfassung der Kaiser ihre Ausführung anordnen kann. Daraus, daß jeder dienen muß, folgt nicht, daß jeder herangezogen werden muß, es muß nur jeder kommen, wenn die Geleise es verlangen. Nach § 60 und § 63 der Verfassung müssen aber besondere gesetzliche Bestimmungen erfolgen. Das ist unzweifelhaft, und ebenso, daß der Etat durch Gesetz festgesetzt werden muß. Wenn das Gesetz nicht zu Stande kommt, dann hat vorläufig noch das Septennat weiter zu gehen, noch aber ein Jahr. Wenn man einseitig vorgeht, würde man dieses Abkommen verletzen, und außerdem die Verfassung und die Geleise. Ich will abwarten, ob man so weit geht. Meine Ansicht ist, wenn die Regierung eine Währungsreform und alles Geld erhält, kann sie aufrechten sein, und wenn die verbündeten Regierungen das nicht annehmen, so haben sie offenbar noch andere Absichten. — Was die Eulommenten betrifft, so meine ich allerdings, daß, wenn



die Masse des Volks die Mannschaften stellt. Sie wohlhabenderen lassen das Geld geben sollen. Zur eine... (Text continues with a discussion on social structure and military service)

Reichsfürst v. Bismarck: Der Abg. Windthorst be... (Text continues with Bismarck's response to Windthorst's speech, discussing the Reichstag and the future of the German Empire)

Der Abg. Windthorst hat auch angeregt, daß die Regierung... (Text continues with Windthorst's further remarks on the Reichstag and the role of the government)

Der Herr Abgeordnete hat dann unter steigender Beifälligkeit... (Text continues with a detailed discussion on the Reichstag's role in the military and administrative matters, mentioning the Reichswehr and the Reichsfinanzgesetz)

Der Herr Abgeordnete hat dann den Zusammenhang von Reichstags... (Text continues with a discussion on the Reichstag's role in the Reichswehr and the Reichsfinanzgesetz, mentioning the Reichswehr and the Reichsfinanzgesetz)

Der Herr Abgeordnete hat dann den Zusammenhang von Reichstags... (Text continues with a discussion on the Reichstag's role in the Reichswehr and the Reichsfinanzgesetz, mentioning the Reichswehr and the Reichsfinanzgesetz)

des Kompromisses unterwirft nicht schaden, weil es in der That... (Text continues with a discussion on the Reichstag's role in the Reichswehr and the Reichsfinanzgesetz, mentioning the Reichswehr and the Reichsfinanzgesetz)

Kriegsminister v. Schellendorf: Der Herr Abg... (Text continues with Schellendorf's response to the Reichstag's discussion on the Reichswehr and the Reichsfinanzgesetz)

Der Herr Abgeordnete hat dann unter steigender Beifälligkeit... (Text continues with a detailed discussion on the Reichstag's role in the military and administrative matters, mentioning the Reichswehr and the Reichsfinanzgesetz)

Was die Bestimmung des § 4 des Reichsfinanzgesetzes betrifft... (Text continues with a discussion on the Reichsfinanzgesetz and the Reichswehr, mentioning the Reichswehr and the Reichsfinanzgesetz)

Man sagt der Abgeordnete, wenn der Reichstag, wo es sich um... (Text continues with a discussion on the Reichstag's role in the Reichswehr and the Reichsfinanzgesetz, mentioning the Reichswehr and the Reichsfinanzgesetz)

Der Herr Abgeordnete hat nun in der Frage, wie notwendig... (Text continues with a discussion on the Reichstag's role in the Reichswehr and the Reichsfinanzgesetz, mentioning the Reichswehr and the Reichsfinanzgesetz)

Abg. v. Kardorff (Reichswehr) führt aus, daß das Anerbieten... (Text continues with a discussion on the Reichstag's role in the Reichswehr and the Reichsfinanzgesetz, mentioning the Reichswehr and the Reichsfinanzgesetz)

lediglich eine derartige Behauptung haben. Die Opposition arbeite... (Text continues with a discussion on the Reichstag's role in the Reichswehr and the Reichsfinanzgesetz, mentioning the Reichswehr and the Reichsfinanzgesetz)

Präsident von Rebell: Der Herr Abg. v. Kardorff hat... (Text continues with a discussion on the Reichstag's role in the Reichswehr and the Reichsfinanzgesetz, mentioning the Reichswehr and the Reichsfinanzgesetz)

Der Reichskanzler verläßt das Haus. (Text continues with a discussion on the Reichstag's role in the Reichswehr and the Reichsfinanzgesetz, mentioning the Reichswehr and the Reichsfinanzgesetz)

Der Herr Abgeordnete hat nun in der Frage, wie notwendig... (Text continues with a discussion on the Reichstag's role in the Reichswehr and the Reichsfinanzgesetz, mentioning the Reichswehr and the Reichsfinanzgesetz)

Der Herr Abgeordnete hat nun in der Frage, wie notwendig... (Text continues with a discussion on the Reichstag's role in the Reichswehr and the Reichsfinanzgesetz, mentioning the Reichswehr and the Reichsfinanzgesetz)

Ein Antrag des Abg. v. Kardorff auf Vertagung wird abgelehnt... (Text continues with a discussion on the Reichstag's role in the Reichswehr and the Reichsfinanzgesetz, mentioning the Reichswehr and the Reichsfinanzgesetz)

Verantwortliche Redakteure F. Dornburg in Berlin. Für die auf die deutschen politischen Angelegenheiten bezüglichen Theile: E. C. Kober in Berlin. Druck und Verlag der National-Zeitung Dr. F. Salomon in Berlin.